

---

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

Am 8. Januar erstattete der Regierungsbeauftragte Peter Koch, zuständig für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS), am Zentralen Runden Tisch einen ersten Bericht. Da er auf viele Nachfragen keine Antwort wusste, verstärkte sein Auftritt den Unmut der Opposition.

Ab November 1989 mussten SED und Staatssicherheit unter dem Druck der Bürgerbewegung immer weiter zurückweichen. Die Diktatur befand sich in einer offenen Krise. Davon blieb auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nicht verschont.

Am 7. November 1989 trat der Ministerrat der DDR zurück, gezwungen durch die politische und gesellschaftliche Krise des Landes. Am Tag darauf legten auch die Mitglieder des Politbüros ihre Ämter und Funktionen nieder. Erich Mielke, der das Ministerium für Staatssicherheit 32 Jahre lang geleitet hatte, war damit arbeitslos. Sein Nachfolger wurde einer seiner Stellvertreter, Wolfgang Schwanitz. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) selbst wurde in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt, das schließlich im März 1990 aufgelöst wurde.

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) – auch mit den Stimmen der SED-Sprecher. Am 14. Dezember wurde der Versuch unternommen, die Staatssicherheit durch einen kleineren Verfassungsschutz (ca. 10.000 Mitarbeiter) und einen mit ca. 4.000 Mitarbeitern gegenüber der Hauptverwaltung A (HV A) fast unveränderten Nachrichtendienst zu ersetzen. In diese Dienste sollten keine ehemaligen Führungskader der Staatssicherheit übernommen werden.

Während die Staatssicherheit in den Regionen zu Beginn des Jahres 1990 weitgehend lahmgelegt war, bestand die Zentrale in Berlin-Lichtenberg fort, wenngleich auch dort immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen wurden. Noch hoffte man, zumindest einen Teil des Apparates in die Nachfolgeorganisationen Verfassungsschutz und Nachrichtendienst hinüber retten zu können.

Auf Verlangen des Zentralen Runden Tisches berichtete der am 18. Dezember 1989 eingesetzte Regierungsbeauftragte Peter Koch, zuständig für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, am 8. Januar 1990 über seinen Arbeitsstand. Es hagelte kritische Nachfragen, die Koch und der ebenfalls anwesende Staatssekretär Halbritter meist nicht beantworten konnten. Als die beiden Regierungsvertreter behaupteten, sie wüssten vom zentralen Datenspeicher des MfS eigentlich nur, dass er in Berlin sei, sonst aber nichts Genaueres, wurde ihnen auf Antrag der oppositionellen Gruppen das Misstrauen ausgesprochen. Die Bürgerrechtler verließen zeitweilig unter Protest die Sitzung, schließlich vertagte man sich auf den 15. Januar.

Das vorliegende Dokument, eine Abschrift der Übertragung im Fernsehen der DDR, ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst (Bl. 5-12) werden die Ausführungen von Peter Koch wiedergegeben, daran anschließend seine Antwort auf die Fragen der Teilnehmer des Runden Tisches (Bl. 12-16). Die Fragen selbst werden erst danach dokumentiert (Bl. 17-22).

---

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 14279, Bl. 5-22

### Metadaten

Datum: 9.1.1990

Rechte: BStU

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

Berlin, 9. Januar 1990

SSU  
000005

2. Fernsehen der DDR  
8. Januar 1990  
RUNDER TISCH

Darf ich bitten, Herr KOCH, zum gegenwärtigen Stand.  
Herr Koch, darf ich Ihnen das Wort erteilen, bitte.

Bericht von Peter KOCH

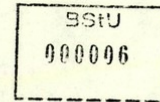
KOCH:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich muß vorausschicken, daß auch für die Medien zur Kenntnis gegeben wird, daß ich nicht Dr. bin, ich weiß nicht, wie das in die Medien gekommen ist.

Die Regierung hat, ausgehend von der Anregung des Runden Tisches vom 8. 12. des vergangenen Jahres, am 14. 12. 1989, das Amt für Nationale Sicherheit umgehend aufzulösen und dafür einen zivilen Beauftragten einzusetzen. Ich habe meine Tätigkeit am 19. 12. 1989 aufgenommen und einen Arbeitsstab gebildet. Ich bin berechtigt, alle erforderlichen Maßnahmen und Entscheidungen zu treffen sowie die Öffentlichkeit fortlaufend über die Auflösung des ehemaligen Amtes zu informieren. Einzelentscheidungen sind - sofern das notwendig ist - dem Ministerrat vorzulegen. Die Auflösung ist in enger Zusammenarbeit mit den Leitern der zentralen Staatsorgane, und wenn das erforderlich ist, in Abstimmung mit den Räten der Bezirke sowie den offiziellen Vertretern politischer Gruppierungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende des Ministerrates hat mich mit einer solchen Vollmacht ausgestattet.

Ich bin gegenüber den Mitarbeitern des ehemaligen Amtes weisungsbe-rechtigt zu Fragen der Offenlegung von Angaben zum personellen und materiellen sowie baulichen Bestand des ehemaligen Amtes.

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

Zu Fragen der Abforderung von Konzeptionen zur Durchführung der Auflösung, zur Einsichtnahme in Dokumente und Unterlagen soweit das zur personellen und materiellen Auflösung erforderlich ist. Und zum Einsatz von ehemaligen Mitarbeitern, zur ordnungsgemäßen Auflösung.

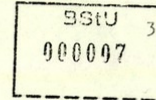
Die Durchführung der Maßnahmen wird fortlaufend kontrolliert. Dabei ist mit den gesellschaftlichen Kräften des Runden Tisches, insbesondere der gebildeten Arbeitsgruppe Sicherheit zusammenzuwirken.

Unter Bezugnahme auf die Anfragen aus der Beratung des Runden Tisches vom 3. Januar 1990 kann heute hier folgendes ausgeführt werden:

Ich spreche zur Frage 2 und verweise diesbezüglich auf die Information Nr. 2 vom heutigen Tage. Die Frage lautet, Hinzuziehung einer von der Opposition benannten Vertrauensperson und 3 weitere Mitarbeiter für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit. Eine Vertrauensperson, die nach Ansicht der Regierung von den Vertretern des Runden Tisches insgesamt bestimmt bzw. akzeptiert werden sollte, kann sofort ihre Tätigkeit im Bereich des Regierungsbeauftragten aufnehmen. Gleiches gilt für die vorgesehenen 3 weiteren Mitarbeiter. Ich bitte die Damen und Herren des Runden Tisches, die Prinzipien zu klären und mir übermitteln zu lassen, nach denen sich die Mitwirkung des Vertreters des Runden Tisches praktisch gestalten soll. Insbesondere bitte ich um Klärung, ob der Vertreter lediglich eine Kontrollfunktion ausüben soll, oder ob eine Mitarbeit einschließlich der damit verbundenen Übernahme von Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit beabsichtigt ist.

Ich muß angesichts des Umfangs der Arbeit Wert darauf legen, daß ich die mir übertragenen komplizierten und arbeitsaufwendigen Aufgaben erfüllen kann, und bitte sehr, dies dabei zu berücksichtigen.



**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

Ich spreche jetzt zur Frage 7, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es mit der Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches?

Meine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Sicherheit wird darin gesehen, die Mitglieder dieser Kommission kontinuierlich in die Vorbereitung von bestimmten Entscheidungen einzubeziehen, den Stand der Abarbeitung zu erfragen und die Kontrolle der Durchführung von Maßnahmen an Ort und Stelle zu gewährleisten.

Ich spreche jetzt zur Frage 3, Nachweis über die Übergabe der Waffen der Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit an das Ministerium für Nationale Verteidigung. Unabhängig von den bereits erlassenen Weisungen des ehemaligen Amtes habe ich am 4. Januar 1990 gegenüber dem verantwortlichen Vertreter des ehemaligen Amtes festgelegt, daß

1. die Waffen unverzüglich einzuziehen und bis zum Abtransport durch die Deutsche Volkspolizei so aufzubewahren sind, daß ein selbständiger Zugriff durch ehemalige Angehörige dieses Organs ausgeschlossen ist.
2. Zu Wach- und Sicherungsaufgaben des ehemaligen Amtes benötigte Waffen gesondert zu erfassen und nur für die Zeit der Dienstdurchführung zu übergeben sind.

Der Vollzug dieser Festlegung wird stichprobenweise durch einen Vertreter des Regierungsbeauftragten kontrolliert. Es ist vorgesehen, die Übergabe der Bewaffnung, einschließlich der Bestände des Wachregimentes "Felix Dzierzynski", im Januar 1990 an die Nationale Volksarmee bzw. das Ministerium für Innere Angelegenheiten vorzunehmen und die Öffentlichkeit bis zum 1. 2. 1990 über den Vollzug zu informieren.

Nicht benötigte militärische Technik, Bewaffnung und Ausrüstung ist zu verschrotten. Die Verschrottung wird allerdings in kurzer Frist nicht zu bewältigen sein.

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

SSU<sub>4</sub>  
000008

Ich spreche jetzt zur Frage Nr. 5, Liste der ehemaligen Objekte des Amtes für Nationale Sicherheit, die an andere Träger übergeben wurden oder übergeben werden sollen.

Die Ausarbeitung einer vollständigen Liste setzt voraus, daß sicher ist, welche Objekte von den neuen Diensten übernommen werden.

Die Bestimmung der zu übernehmenden Objekte ergibt sich aus den Aufgaben und der damit verbundenen Struktur der neuen Dienste, die gegenwärtig präzisiert werden. Die Übergabe freiwerdender Objekte erfolgt parallel zu diesem Prozeß.

Gegenwärtig erfolgt die Zusammenstellung, Bewertung und Entscheidung über solche Objekte, Ausrüstungen und Materialien, die infolge des Bruchs mit der falschen Sicherheitspolitik der alten Staatsführung zweifelsfrei nicht mehr benötigt werden. Dabei handelt es sich um wesentliche Größenordnungen.

Über die zu übergebenden Objekte werde ich den Runden Tisch in der gewünschten Weise informieren.

Welchen Auftrag und welche Kompetenzen ich habe, also die Frage 6, habe ich eingangs bereits erläutert.

Ich will einige Bemerkungen zum Stand meiner Arbeit machen: Es wurde ein Arbeitsstab gebildet, der sich konstituiert und die materiell-technischen Bedingungen für seine Arbeitsfähigkeit geschaffen hat. Z. Z. wird daran gearbeitet, einen Überblick über die zur Auflösung anstehenden Objekte und Ausrüstungen zu schaffen. Parallel dazu werden die ersten Entscheidungen zur Überführung von Produktionskapazitäten in die Volkswirtschaft und in Dienstleistungsbereiche für die Bevölkerung vorbereitet.

Für die ehemaligen Ferienhäuser besteht folgende politische Grundkonzeption:

1. Freie Plätze sind unverzüglich entsprechend den Kapazitäten mit Urlaubern zu belegen.



**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

SSR  
000009

2. Die künftige Nutzung soll durch den Feriendienst der Gewerkschaften und für den Tourismus erfolgen. In geringem Umfang sollen Objekte für den Valutatourismus zur Verfügung gestellt werden.

Folgende konkrete Entscheidungen wurden bereits getroffen oder sind vorbereitet:

1. Die Baukapazitäten des ehemaligen Amtes wurden per 1. 1. 1990 dem Minister für Bauwesen und Wohnungswirtschaft unterstellt und werden voll von ihm eingesetzt, mit allen Objekten, Technik, Material und Kadern.

2. Die Ausgliederung produktiver Kapazitäten des ehemaligen Amtes ist zur Entscheidung vorbereitet. Es handelt sich dabei um,

- eine Kfz-Instandsetzung im Objekt Freienwalder Straße, es handelt sich dabei um Produktionseinrichtungen in Berlin-Hohenschönhausen - eine Kfz-Instandsetzung für die Bevölkerung;
- um Baureparaturkapazitäten für den Stadtbezirk Lichtenberg per 1. 3. 1990, hier werden ehemaligen Handwerker des Amtes zum Einsatz kommen,
- eine Gärtnerei Oberseestraße wurde an den Rat des Stadtbezirkes übergeben,
- ein Betrieb Technischer Gerätebau soll im Objekt Freienwalder Straße entstehen.

Gearbeitet wird an einem Vorschlag zur Nutzung von Dienstleistungskapazitäten zur Reparatur von technischen Konsumgütern für die Bevölkerung.

2. Eine Vereinbarung der Wohnungsverwaltung mit dem Magistrat ist ausgearbeitet. Der Wohnungsbestand des ehemaligen Amtes wird vollständig in die kommunale Wohnungsverwaltung überführt. Die Wohnungszuweisungen erfolgen künftig ausschließlich über die ört-

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

9StU  
900010

6

lichen Organe für diesen Wohnungsbestand. Alle Stützpunkte, Technik, vorhandenes Material und Kräfte werden den Kommunalen Wohnungsverwaltungen zugeordnet.

#### 4. Einzelobjekte

Die ehemalige Parteischule in Hessenwinkel wurde an den Magistrat zur Verwendung freigegeben. In der Tschaikowskistraße 13 wurden einzelne Räume einer Baracke bereits bezogen durch die Vereinigte Linke. In wenigen Tagen geht das gesamte Objekt an den Magistrat über. Ein Wohnheim wurde dem Magistrat für das Gesundheitswesen übergeben.

Einige Bemerkungen zum Stand der Auflösung der ehemaligen Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit:

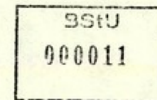
Alle ehemaligen Kreisämter - es sind 216 - sind geräumt. Die Übergabe in eine neue Rechtsträgerschaft erfolgte bei 187 Kreisämtern, d. h. ca. 85 % aller ehemaligen Kreisämter haben einen neuen Rechtsträger. Bei den restlichen Kreisämtern stehen die Entscheidungen durch die örtlichen Organe über die neue Rechtsträgerschaft noch aus.

Geräumt sind auch die Kreisämter, die sich in der Umfriedung ehemaliger Bezirksämter befinden, z. B. in Dresden, Berlin, Schwerin, Rostock. Hier kann eine Übergabe in eine neue Rechtsträgerschaft erst im Zusammenhang mit der Räumung der jeweiligen Bezirksämter erfolgen.

Mit Stand vom 5. 1. 1990 wurden den zuständigen örtlichen Organen bzw. Betrieben und Einrichtungen annähernd 400 Objekte und Einrichtungen des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, darunter 187 Kreisämter, 125 weitere Objekte sowie je 4 Wohnheime und Gästehäuser zur Nutzung übergeben. Diese Zahl genauer zu beziffern ist schwer möglich, weil Übergabe nicht gleichzeitig Übergang der Rechtsträgerschaft bedeutet.



## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch



Bis zum gleichen Zeitpunkt erfolgte die Entlassung von insgesamt 25 965 Mitarbeitern. Davon Amt für Nationale Sicherheit Berlin = 8 071, Bezirksämter = 14 718, Wachregiment = 3 176.

Mit Stand vom 5. 1. 1990 wurden darüber hinaus an örtliche Organe und Betriebe zur Nutzung u. a. 299 Pkw, 5 Kraftomnibusse, 22 Nutzkraftwagen sowie Kleintransporter, 13 Zweiradfahrzeuge, 12 Pkw-Anhänger, 173 Schreibmaschinen, 8 Kopiergeräte, 11 Fernseher sowie 32 Radios übergeben.

Bei der praktischen Abwicklung der Auflösung und zur Entscheidungsfindung bestehen derzeit folgende Probleme:

1. Wir brauchen schnell und unverzüglich Vorschläge, welche Objekte und Ausrüstungen vom Verfassungsschutz und Nachrichtendienst benötigt werden, und demzufolge nicht in den zivilen Bereich der anderen Organe übergeben werden können.

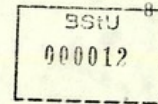
2. Es muß eine politische und praktische Lösung für eine Entscheidung zu den schriftlichen Unterlagen des ehemaligen Amtes gefunden werden. Z. Z. scheitern terminlich untersetzte Entscheidungen zur Auflösung an der nichtgeklärten Frage des Schriftgutes.

Abschließend eine Erklärung zu den Übergangsregelungen:

Die vom Ministerrat für ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit beschlossene Zahlung eines Überbrückungsgeldes zur Eingliederung in den Arbeitsprozeß basiert auf bisher bereits praktizierten gesetzlichen Regelungen, wie z. B. bei der Wismut oder im Kupferbergbau.

Die getroffene Entscheidung ist ungünstiger, als andere bereits angewandte Überbrückungszahlungen. Es sollten höchstens 80 % des bisherigen Verdienstes gewährt werden. Nach bisher vorliegenden Übersichten brauchen für 70 bis 75 % der ehemaligen Mitarbeiter keine Überbrückungsgelder gezahlt werden, weil die Entlohnung im neuen, zivilen Arbeitsrechtsverhältnis entsprechend der Qualifi-



**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

kation im Rahmen der 80 % des bisherigen Einkommens liegt. Wegen der vorliegenden Proteste und kritischen Hinweise wird die bisherige Regelung überprüft und nicht so wie bisher vorgesehen, durchgeführt.

Die Regierung wird die notwendigen Maßnahmen neu konzipieren und das Ergebnis dem Runden Tisch am 29. 1. 1990 bekanntgeben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Zusammenfassende Antwort von P. KOCH:

Ich muß darauf verweisen, daß die schriftliche Information der Regierung vorliegt. In dieser schriftlichen Information der Regierung ist enthalten, daß am 29. Januar ein Bericht zur Sicherheitslage vorgelegt wird. Manches was gefragt wird und manches was hier zur Debatte steht, hängt damit im Zusammenhang und ist nicht zu beantworten, ohne diesen Bericht. So daß man zu dieser oder jener Frage davon ausgehen muß, daß wir sie entgegennehmen und sie im Ergebnis des Berichts zur Sicherheitslage am 29. Januar beantwortet werden muß.

Konkret zu dem, was ich jetzt zu sagen in der Lage bin; dabei muß ich auch darauf hinweisen, auf die Dauer meiner Tätigkeit hinweisen. Ich habe am Freitag in einem Interview gegenüber AK-ZWO die Gesamtzahlen offengelegt, um die es geht und jeder kann unschwer daraus ersehen, welchen Umfang sowohl die materiell-technische Seite der Auflösung, als auch die politische Seite, die Frage der Aufarbeitung in Anspruch nimmt. Was die Aufarbeitung betrifft, wird man das von heute auf morgen nicht tun können. Genausowenig wie man das Amt von heute auf morgen auflösen kann. Aber die Auflösung dieses Amtes war eine Forderung des Runden Tisches, war eine Anregung des Runden Tisches und dieser Anregung, dieser Forderung ist die Regierung nachgekommen.

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

BSU 9  
000013

Was das Fernschreiben vom 9. Dezember betrifft, kenne ich dieses Fernschreiben nicht. Auch eine Rückfrage bei Herrn HALBRITTER hat nichts anderes ergeben, so daß das eine Frage wäre, die wir mitnehmen müssen, die überprüft werden muß. Es sei denn, die Mitglieder des Runden Tisches auf der Regierungsseite könnten hierzu Aufklärung geben.

Zu den Kontrollmechanismen muß man sagen, daß ich angeregt und vorgeschlagen habe - und auch insoweit der Forderung, der Anregung des Runden Tisches nachgekommen bin: Die Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches als Kontrollmechanismus in die Kontrolltätigkeit einzubeziehen, die durch meinen Arbeitsstab und mich persönlich erfolgt.

Es gibt in den Bezirken Regierungsbeauftragte, auch vom Ministerpräsidenten dort eingesetzt, die auch mir als Möglichkeit dienen, Kontrolle wahrzunehmen.

Zu den Kompetenzen der Vertrauensperson, die vom Runden Tisch angeregt und von der Regierung aufgegriffen wurde, muß ich auf das verweisen, was ich in meinem Vortrag gesagt habe. Hier muß vom Runden Tisch Klarheit geschaffen werden, wie der Runde Tisch diese Kompetenz sieht. Das ist wichtig für unsere Entscheidungsfindung.

Derzeit bin ich mit der Auflösung des Amtes vom Ministerrat beauftragt und habe demzufolge auch alleinige Kompetenz und auch alleinige Verantwortung zu tragen.

Zur Mitarbeiterstärke von 85 000 über 85 000, habe ich mich am vergangenen Freitag in AK-ZW0 geäußert. Es ist klar bei 85 000, wenn 25 weg sind, bleibt ein Rest von 60 000. Wir lösen ja erst auf seit 14. Dezember; mehr Zeit ist ja seit dem nicht vergangen. Und die Auflösung wird auch sicherlich in den nächsten Tagen und Wochen nicht abgeschlossen sein und demzufolge auch die Mitarbeiterstärke nur schrittweise heruntergesetzt werden können.

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

SSU 10  
900014

Im übrigen wissen wir alle, daß die Aufnahmemöglichkeiten in der Volkswirtschaft nicht unproblematisch sind und sich auch dort nicht alles glatt gestaltet.

Wir müssen auch davon ausgehen, daß ein Arbeitsstab von 20 Mitarbeitern die sachliche und materielle Auflösung selbst vornehmen kann. Wir sind also auch auf insbesondere die Mitarbeiter der technischen Bereiche dort, der Mitarbeiter der Rückwärtigen Dienste dort, angewiesen, die uns zur Seite stehen und die das mit bewerkstelligen.

HENRICH:

Das ist total an der Frage vorbei. Das ist absolut an der Frage vorbei. Es kann natürlich sein, daß ich mich völlig verquer ausgedrückt habe. Ich bin bereit, meine erste Frage zu wiederholen, wenn Herr KOCH sie nicht verstanden hat.

Es ging nicht nur um das Fernschreiben, es ging darum, ob er Ermittler an seiner Seite hat.

SCHUR:

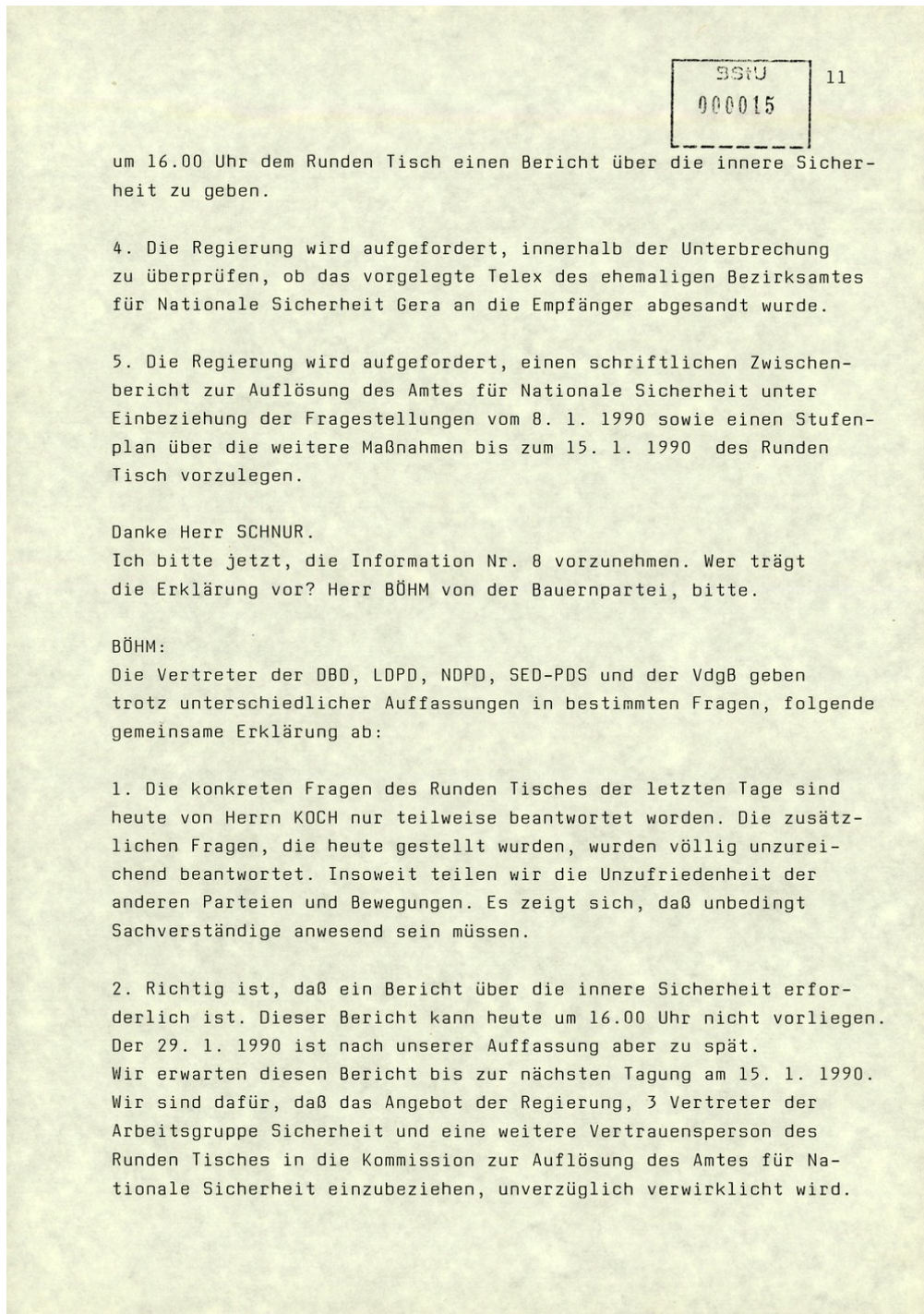
Erklärung der oppositionellen Gruppen und Parteien, ich bitte das zu ergänzen.

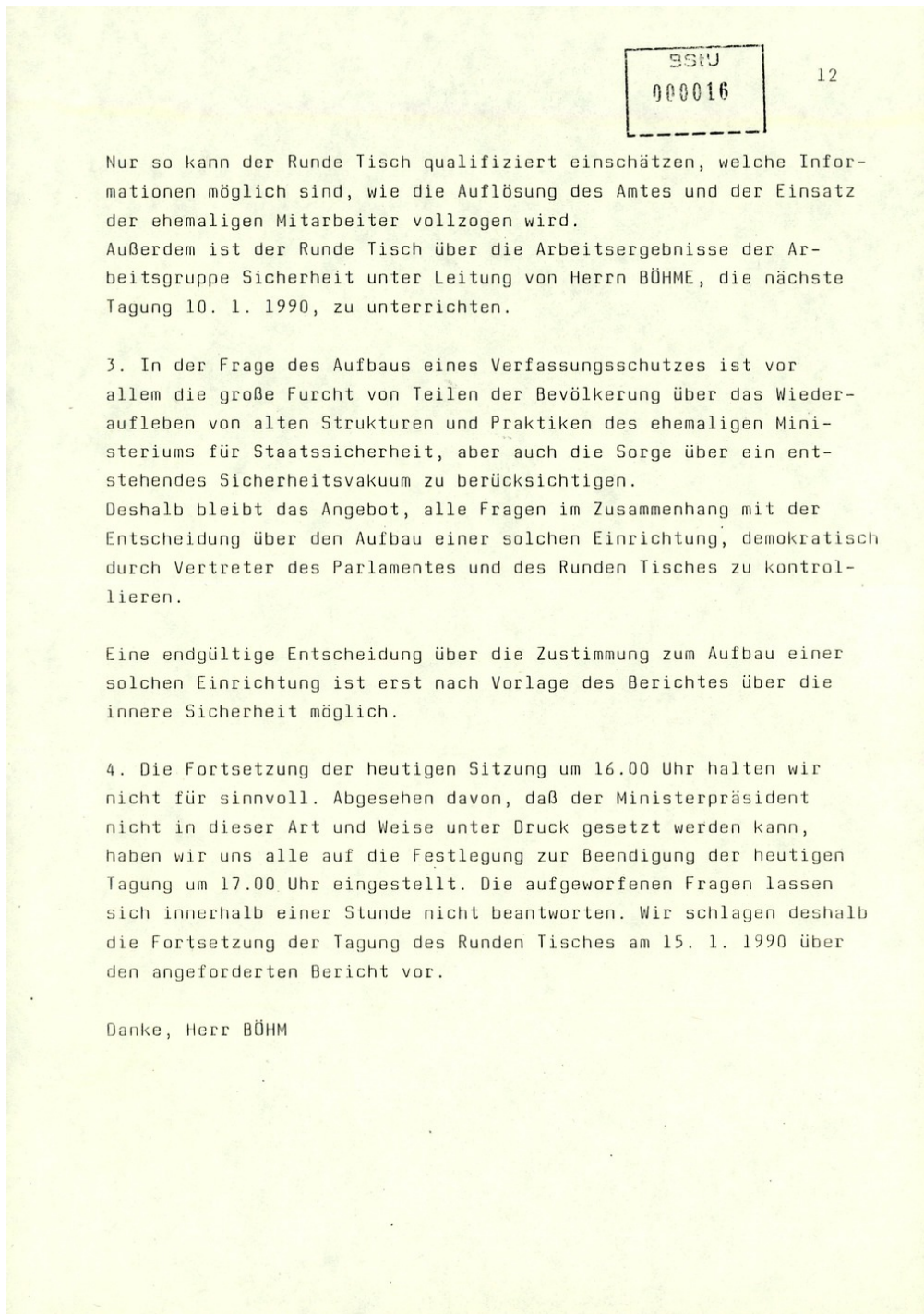
1. Die Teilnehmer der Opposition am Runden Tisch sprechen dem Zivilbeauftragten des Ministerrates zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und dem Regierungsbeauftragten, Herrn Staatssekretär HALBRITTER, das Mißtrauen aus, da sie nicht in der Lage waren, die von uns im Interesse der Bevölkerung gestellten Fragen zu beantworten.

2. Die Opposition setzt ihre Teilnahme am Runden Tisch bis 16.00 Uhr aus.

3. Die Opposition fordert den Ministerpräsidenten unter Beteiligung des Generalstaatsanwaltes und des Ministers des Innern auf,



**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**



## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BStU  
000017

Fragestellungen  
zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit am  
"Runden Tisch" am 8. Januar 1990

Henrich, NF

Bitte um Austeilung des Fernschreibens der BV Gera  
vom 9. 12. 1989.

Wir bitten Herrn Koch, zu prüfen, ob das BA Gera das  
Telex vom 9. 12. tatsächlich abgesetzt hat,  
überschrieben "Heute wir, morgen ihr".  
Telex rezitiert und kommentiert.

Wir wollen wissen, ob dieses FS tatsächlich (u. a.  
bei Regierung, Inneres, Parteien, auch Rundfunk/Fern-  
sehen) eingegangen ist?

Wenn ja, wie die einzelnen Adressaten darauf reagiert  
haben und wie sie verhindern wollen, daß zukünftig  
solche Versuche gemacht werden?

Frage Nr. 1 nach Ihren Kompetenzen Herr Koch?

Stehen an Ihrer Seite Ermittler, Ermittler aus offi-  
ziellen Ermittlungsorganen?

Wie sichern Sie ab, daß diese Info. tatsächlich der Wahr-  
heit entsprechen?

Wie kontrollieren Sie also die Tatbestände, die Ihnen  
mitgeteilt werden? Sie müssen ja irgendein Kontroll-  
mechanismus jetzt eingebaut haben?

Wer hat wie den Umfang der verbleibenden Waffen be-  
stimmt?

Zusatzfrage:

Ob das Amt in Gera, wenn sich herausstellt, daß dieses  
FS abgegangen ist, daran beteiligt ist?

Ob dieses Amt in Gera jetzt an der Auflösung des Amtes  
beteiligt ist und ob wir hinnehmen müssen, daß Mit-  
glieder des Amtes, die noch am 9. 12. 1989 versucht  
haben, in die politischen Verhältnisse einzugreifen,  
und zwar mit Gewalt, und zwar weiterhin dann als Ver-  
fassungsschutz tätig sein sollen.

Gehen Sie davon aus, daß die jeweilige Vertrauensperson,  
die mit Ihnen jetzt zukünftig vielleicht mitarbeitet,  
die selben Kompetenzen hat, wie Sie?

Wenn Sie, Herr Koch, ausreichende Kompetenzen haben  
sollten, oder gehen Sie davon aus, daß diese Vertrauens-  
person dann lediglich beratende Funktion haben soll?



## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

2  
SSU  
000018

Herr Poppe, Initiative Frieden und Menschenrechte

(Bezug zum Fernsehinterview Koch in AK 2 vom 5. 1. 1990)  
Was machen die 60.000 Mitarbeiter, die sich noch dort  
aufhalten, wenn das Amt aufgelöst wird?  
Welche Anzahl von Personen ist vorgesehen für die beiden  
Nachfolgeämter?

Schnur, Demokratischer Aufbruch

Gibt es einen schriftlichen Beschluß des Ministerrates?  
Ist dieser Beschluß über Ihre Dienstaufgabenstellung der  
Arbeitsgruppe Sicherheit des "Runden Tisches" zur Ver-  
fügung gestellt worden?

Sind Sie aussagefähig zur Bildung der neuen Ämter?

Widerspruch zwischen Ihrer Erklärung und der des Herrn  
Halbritter, daß die Entwaffnung erst jetzt tatsächlich  
eingeleitet wurde, wie kommt es dazu, daß Regierungsver-  
treter dazu unterschiedliche Aussagen machen?

Wer gibt uns die Gewähr, daß tatsächlich eine exakte Kon-  
trolle der Entwaffnung nicht nur durch den Vertreter der  
Regierung, sondern durch andere gesellschaftliche Ein-  
richtungen, ich denke an die Bürgerkomitees oder andere  
gesellschaftliche Gruppierungen und Parteien, gewähr-  
leistet wird?

Wer soll die Rechtsträgerschaft von ehemaligen Objekten  
übernehmen, wie wird dies abgesprochen und wie wird über-  
haupt der Bürgerwille einbezogen?

Ullmann, Demokratie jetzt

Ich vermisse in Ihrer Antwort die Aussage, wie es um das  
zentrale Amt in Berlin bestellt ist? Hat hier die Auf-  
lösung überhaupt begonnen?

Meines Erachtens ist das die zentrale Frage zum Thema  
Auflösung überhaupt.

Ferner wünsche ich mir eine Auskunft über die Logistik  
des ehemaligen Ministeriums. Darüber sind wir bisher in  
keiner Weise informiert worden!

Sie haben ferner über die auf Papier gesammelten Daten  
gesprochen.

Ich frage, was geschieht hinsichtlich der elektronischen  
Daten und wie wird verfahren mit den besonderen Befehls-  
strukturen des MfS, die das Land durchziehen?

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BSTU 3  
000019

Wie verhält sich Ihre Tätigkeit zu den Grundsätzen der Regierung, die in der Information, die uns heute ausgeteilt wurde, enthalten sind?  
(Hält die von der Regierung geäußerten Grundsätze für unakzeptabel, nennt unter anderem Voraussetzungen, Bewertungen, Konsequenzen hinsichtlich Neubildung des Verfassungsschutzes: Ablehnung jenes Textteiles, in dem auf die Bereiche des zu bildenden Verfassungsschutzes Bezug genommen wird, die aus dem bisherigen Amt nicht herausgelöst werden. Bringt letztgenanntes in Zusammenhang mit der Frage der Vertrauenswürdigkeit der Regierung.)

Eppelmann, Demokratischer Aufbruch

Aufforderung, daß zum Telex Gera sich Vertreter der Regierungsparteien äußern sollen!  
Wenn ich Sie richtig verstanden habe Herr Koch, kann das ehemalige MfS nur dann aufgelöst werden, wenn wir alle einer Einrichtung wie dem Amt für Verfassungsschutz zustimmen. Da scheint offensichtlich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, unsererseits ein Handlungsbedarf zu bestehen.  
Ich würde in diesem Zusammenhang dringlich darum bitten, daß die erste Frage dieses von Herrn Ziegler unterschriebenen Informationsblattes eine Beantwortung findet!  
Wie ist das mit der Fülle von Uniformierten im MdI zum Beispiel? Können die solche Funktionen nicht auch wahrnehmen? Weiterhin - erscheint es überhaupt möglich, in einer Zeit des Umbruchs Mitarbeiter einer Einrichtung, die so ungeheuer belastet ist, mit der größten Selbstverständlichkeit zu nehmen als die zukünftigen Hüter einer neuen Verfassung der DDR - ich halte das für völlig unmöglich.  
(Weiterhin erfolgte Hinweis, das diese Institution fest in der Hand einer Partei sei.)

Templin, Initiative Frieden und Menschenrechte

Wie ist es mit den zum größten Teil verdeckten Arbeitsmethoden /-strukturen des ehemaligen MfS in anderen Ministerien, in Einrichtungen der Volkswirtschaft usw., ich erinnere nur an die Abteilung 1, an den massiven Eingriff von Mitarbeitern, an die direkte Kopplung, also über Verbindungsleute, in die Praxis der Kaderabteilungen.  
Wie weit erstreckt sich Ihre Kompetenz auch auf diese Bereiche?  
Ein weiterer Bereich müßte sein, wie weit ist die Zusammenarbeit des MfS mit den Abt. Sicherheit der SED auf Kreis- u. a. Ebenen bis hin zum ZK der SED?



## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BSU  
900020 4

Die unheilvolle Arbeit dieses Ministeriums darf nicht spurlos verschwinden, sondern muß aufgearbeitet werden! (Würde Arbeitsgrundlage zum Beispiel für jene AG im Ministerium für Justiz nehmen, die mit der Rehabilitation von Personen und Wiedergutmachung beschäftigt sind.) Wie weit ist gesichert, daß die unerläßlichen Materialgrundlagen gesichert sind? (Bezieht sich auf Aussagen über angeblich nicht mehr vorhandene Materialien auf dem Gebiet der Einreisesperrenerteilung.)

Erster Antwortkomplex durch Koch.

Seelig, Vereinigte Linke

Erneut Frage nach den Ermittlern, die ständig bei den Auflösungsprozessen anwesend sein müßten zur Kontrolle. Frage nach Ausgleichszahlungen - diese würden 25 bis 30 % des ausscheidenden Mitarbeiterbestandes erhalten! Ist es richtig zu sagen, daß dies gerade jene Mitarbeiter sind, die politische Verantwortung getragen haben, die also zu den höheren Chargen gehören, mit den höheren Einkünften bestallt waren. Das könnte man daraus entnehmen, wenn 70 bis 75 % diese Überbrückungsgelder nicht nötig haben, weil sie also in ihren Berufen genug verdienen?

Weiterhin - wieviel von den 85.000 Stasi-Mitarbeitern waren denn eigentlich für die politische Überwachung der Bevölkerung zuständig? Wieviel waren für militärische Aufklärung und Abwehr eingesetzt und wieviel waren für den "inneren Feind" eingesetzt?

Gutzeit, SDP

Bezugnahme auf Verbindung MfS und Sicherheitsbereiche der SED und Forderung nach Sicherstellung von Akten aus den Sicherheitsbereichen der SED. - Erweiterung der Tätigkeit der Untersuchungskommission erforderlich!

Welche Strategie, welche Konzepte der Auflösung bestehen tatsächlich?

Nach dem, was wir heute hörten, geht es mit einem ganz kleinen Team an diese so schwierige Arbeit heran.



## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BSStU 5  
000021

Wie wollen Sie, Herr Koch, Ihre Zusage glaubwürdig machen, daß künftig keine Bespitzelung von DDR-Bürgern erfolgen kann. (Bezieht sich auf das Mißverhältnis 20 : 85.000)  
Koch hätte dennoch keine Voraussetzungen für eine objektive Kontrolle.

Dörfler, Grüne Partei

Frage nach Verwendung der Baukapazität des ehem. MfS in Verantwortung des Ministeriums für Bauwesen (sind ökologische Prioritäten gewahrt?)

Jordan, Grüne Partei

Frage nach Zentrale des ehem. MfS in Berlin und deren Bewaffnung?  
Es fehlen in Ihren Aussagen Angaben zum Umfang der nicht voll angestellten Mitarbeiter des MfS, also das vielschichtige Netz von Mitarbeitern in unseren Institutionen, Betrieben und Parteien vielleicht? Dazu auch bitte eine zahlenmäßige Angabe und mit welchen Geldmitteln und anderen Privilegien waren diese Leute ausgestattet?  
Weiterhin - wie ist die zeitliche Abfolge der Auflösung des Mitarbeiterbestandes der 60.000 bis zur vollständigen Auflösung und ... (sinngemäß) Forderung nach Ermöglichung der Einsichtnahme von Bürgern in ihre Personendossiers.  
Ferner - Forderung nach einem sofortigen Volksentscheid, wenn die Regierung Modrow an der Entscheidung über die Bildung des Verfassungsschutzes festhält!

Köppe, Neues Forum

Sind die Anlagen zur Telefonüberwachung zerstört?  
Wo steht der Zentrale Datenspeicher des MfS? Unter wessen Kontrolle befindet dieser sich jetzt?  
Ist es wahr, daß es eine Anweisung des Nationalen Verteidigungsrates von Ende November gibt an die Bezirksleitungen der SED, daß die Akten der Bezirkseinsatzleitungen, die ja gegenüber dem MfS weisungsberechtigt waren, vernichtet werden sollen?  
Können Sie uns vorstellen den Beschluß des Minister Rates von Anfang Januar 1990, der beinhalten soll, daß Akten über die Staatssicherheitsmitarbeiter selbst und über die Informanten sofort vernichtet werden sollen?

---

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**